

**Bündnis –
Hände weg
von Afrin**

**Gemeinsame
Veranstaltung**

Aktiv gegen rechts
in ver.di München

ver.di

Was hat der Krieg in Afrin mit uns zu tun?

**Donnerstag, 19.04.2018, 19 Uhr, DGB-Haus
München, Schwanthalerstr. 64**

Es diskutieren:

Azad Bingöl (Mitglied des Migrationsbeirats)

Gülseren Demirel (Mitglied des Stadtrats, B90/Die Grünen)

Çetin Oraner (Mitglied des Stadtrats, Die Linke)

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg der Türkei auf Afrin, bzw. die kurdischen Gebiete Nordsyriens/Rojava, bringt den Syrien-Krieg in eine Gegend, die bisher vom Krieg weitgehend verschont worden ist – mit schrecklichen Folgen. Trotz des heldenhaften Kampfes der Bevölkerung haben die türkische Armee und ihre dschihadistischen Verbündeten Afrin erobert. Bereits jetzt hat es etliche Tote und Verletzte gegeben, Hundertausende wurden zur Flucht gezwungen, ethnische Säuberungen und andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind zu befürchten. Jenseits humanitärer Erwägungen steht das Überleben des fortschrittlichen Projekts 'Demokratische Föderation Nord-Syrien' auf dem Spiel. Verschiedene gewerkschaftliche Verbände – darunter ZAKO – der bundesweite zentrale ver.di-Arbeitskreis offensiv gegen rechts und die GEW - haben den Krieg verurteilt und ein Ende der deutschen Unterstützung gefordert.

Der Krieg beginnt hier! Deutsche Rüstungskonzerne wie Rheinmetall, Heckler & Koch und Daimler produzieren die Waffen mit denen der blutige Angriffskrieg der Türkei geführt wird. Die deutsche Verwicklung geht jedoch darüber hinaus: Die Türkei ist in NATO-Strukturen eingebunden und unterhält enge militärische Kooperationen mit der Bundeswehr. Die deutsche Polizei kriminalisiert kurdische AktivistInnen die sich hierzulande für ein Ende des Kriegs einsetzen. Deutschland ist Kriegspartei - auch weil der Türkei-EU-Flüchtlingsdeal und die Investitionen von rund 6.800 deutschen Unternehmen in der Türkei geschützt werden müssen.

Ein Angriff auf eine(n) ist ein Angriff auf alle! Der Krieg in Afrin verschärft die Unterdrückung in der Türkei - nicht nur für JournalistInnen und PolitikerInnen. Auch ArbeiterInnen und ihre Organisationen sind betroffen. Seit dem Putschversuch 2016 gab es mehr als 100.000 Entlassungen im öffentlichen Sektor. Sechs große Streiks und 19 Gewerkschaften wurden verboten. Der Angriff nach außen erhöht den Druck nach Innen: Ein fast zeitgleich zum deutschen Metallere-Streik geplanter Streik von MetallarbeiterInnen wurde mit Verweis auf nationale Sicherheit de facto verboten. Während in Deutschland die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst vorbereitet wurden, wurde Elif Çuhadar, Mitglied des Exekutivkomitees der Konföderation der im öffentlichen Dienst beschäftigten Arbeiter (KESK) verhaftet. Die in Afrin praktizierte ArbeiterInnen-Selbstverwaltung, wo ArbeiterInnen gemeinsam und selbstbestimmt über Produktion und Verteilung von Gütern entscheiden, stellt eine fortschrittliche Alternative zu diesem brutalen Kampf gegen Arbeiter dar - ein Grund mehr sie zu vernichten.

Die Veranstaltung wird einen Überblick über die Lage in Afrin und die Beteiligung des deutschen Staates und der deutschen Konzerne am Krieg geben sowie einen besonderen Fokus auf die ArbeiterInnenkämpfe in der Region lenken. Ziel der Diskussion ist es, einen Raum zu bieten um sich über Möglichkeiten praktischer Solidarität mit Afrin und den ArbeiterInnen in der Türkei auszutauschen und gemeinsam aktiv zu werden.

Hoch die Internationale Solidarität!